Kantonspolizei Bern : Modell einer Einheitspolizei

Autor(en): **Thomann, Eugen**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **177 (2011)**

Heft 3

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-154234

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Kantonspolizei Bern – Modell einer Einheitspolizei

Wie sind die Polizeiaufgaben innerhalb des Kantons zu verteilen, also zwischen diesem und den grösseren Gemeinden? Darauf sollten manche Schweizer Kantone in den nächsten Jahren überzeugende Antworten finden. Hier und in den nächsten Ausgaben stellen wir sehr unterschiedliche, aber gelungene Modelle vor.

Eugen Thomann, Redaktor ASMZ

Zum Meistern künftiger Aufgaben muss die Schweizer Polizei ihre Mittel noch strenger bewirtschaften. Sie war knapp gehalten, als öffentliche Säckelmeister aus dem Vollen schöpften und kann nicht hoffen, aus leeren Staatskassen reichlicher ausgestattet zu werden. Das zwingt zum beweglichen Mitteleinsatz, zum Bilden von Schwergewichten, mitunter über Kantonsgrenzen hinweg und natürlich erst recht innerhalb eines Kantons.

Die Gemeinden grösserer Kantone unterscheiden sich durch Fläche, Einwohnerzahl, mehr oder weniger Agglomerationscharakter voneinander. Am Schutz der öffentlichen Sicherheit sollten alle beteiligt bleiben; das fordert unser Verständnis von der Gemeinde, aber auch von bürger- und sachnaher Verwaltung. Wo bleibt da die Ökonomie der Kräfte?

Das ehrwürdige frühere Berner Waisenhaus, einst Sitz des städtischen, nun des kantonalen Polizeikommandos.

Neue Kompetenzordnung

Seit 2007 trennt das Berner Polizeigesetz die politische Verantwortung von der operativen Tätigkeit; die Gemeindebehörden bleiben zuständig für Sicherheits- und Verkehrspolizeiangelegenheiten, beziehen indes die Leistung durchweg von der Kantonspolizei. Die besorgt weiterhin die Gerichtspolizei, neu auch für die Stadt Bern, deren Polizeikorps früher eine eigene Kriminalabteilung unterhielt. Das gestattet dem Kommando der Kantonspolizei zeitlich, örtlich und über die Polizeisparten hinweg, Schwerpunktoperationen zu führen. Für sich sprechen die Vorteile der strafferen Führungs- und Unterstützungsstrukturen wie der einheitlichen Ausbildung und Ausrüstung. Der Bürger findet leichter seinen polizeilichen Ansprechpartner.

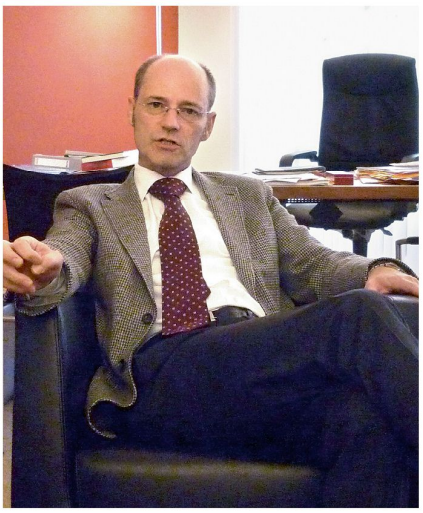
Der Gemeinde obliegen immer noch viel Verwaltungspolizeiaufgaben; dazu gehören Kontrollen von Baustellen, des ruhenden Verkehrs, das Taxiwesen und mancherorts ein unbewaffnet, patrouillierender Ordnungsdienst. Dazu kann die Gemeinde Private für Polizeiverwaltungsaufgaben heranziehen.

Entscheidend bleibt, ob sich das Regelwerk bewährt, niedergelegt im Polizeigesetz und in zweierlei Abkommen. Mit Leistungsverträgen kaufen kleinere Gemeinden, über die Grundversorgung hinaus, zusätzliche Polizeileistung ein. Der Ressourcenvertrag beschreibt, mit welchem Aufwand die Kantonspolizei eine Stadt polizeilich betreut und wie die Stadt das finanziell abgilt.

Der Thuner Vorlauf

1999 hob im Kanton Bern eine Diskussion der künftigen Polizeiorganisation an. Auf kantonaler Ebene scheiterte ein Vorstoss, der auf die Einheitspolizei zielte.

Die Stadt Thun sorgte für den Durchbruch. Den Schulterschluss des kantonalen Polizeipostens mit dem städtischen Korps gestalteten die Verantwortlichen schrittweise enger. Angesichts des gemeinsamen Standorts samt Schalter, Funknetz und Einsatzzentrale verbreitete sich, genährt von der engen Zusammenarbeit, auch der politischen Exponenten des Kantons und der Stadt, die Einsicht, die Polizei gehöre in eine einheitliche Organisation. Nachdem der Stadtrat – das Gemeindeparlament im Berner Sprachgebrauch – Mitte 2002 einhellig und die Stimmbürger am 22. September 2002 im Verhältnis von 10 350 «Ja» und 1246 «Nein» den Segen erteilt hatten, trat auf Anfang 2003 ein Zusammenarbeitsvertrag in Kraft. Mit dem neuen Amtseid bekräftigten der



Der Kommandant der Kantonspolizei Bern, Dr. Stefan Blättler. Bilder: ASMZ

Thuner Stadtpolizeichef und 36 Angehörige seines Korps den Übertritt zum Kanton vor dessen Polizeidirektorin Dora Andres. Derweil behielt die Stadt Thun sieben Stellen für kommunale Polizeiaufgaben.

In 10 Jahren gewachsen

Das politisch breit abgestützte Thuner Projekt bewährte sich offensichtlich und entfaltete rasch Signalwirkung, wie sich das seine Urheber gewünscht hatten.

Mit einer Vierfünftelmehrheit billigte der Grosse Rat des Kantons Bern, am 17. September 2003, eine für dringlich erklärte Motion, überschrieben «Die Polizei im Kanton Bern – für alle derselbe, erkennbare Freund und Helfer». Zum Entwerfen der Revision des Polizeigesetzes bezog die Exekutive betroffene Behörden und Verbände mit ein. Das Vorhaben, das Thuner Modell auf den Kanton auszudehnen, weckte nicht nur eitel Freude. Aus der Hauptstadt vernahm man schrille Töne; Stadtpräsident Alexander Tschäpät stufte die vorgesehene Zuständigkeitsordnung als «grosses demokratiepolitisches Problem» ein. Schweizer Gesetzgeber machen nie kurzen Prozess, am wenigsten die Berner. Das zahlte sich aus; im Verhältnis 5:1 stimmte der Grosse Rat Ende November 2006 zu, und 4:1 folgten ihm die Stimmbürger am 11. März 2007.

Bis Ende 2009 war der Umbau organisatorisch abgeschlossen, verschmolz die 1500-köpfige Kantonspolizei mit dem Gros der Stadtpolizei Bern, der Stadtpolizei Biel und rund 30 kommunalen Polizeikorps zu einem Personalkörper, der 2500 Angehörige zählt. Verteilt auf vier Regionalabteilungen, den Stabsbereich, die Abteilung Kriminalpolizei, Planung und Einsatz, Personal, Technik sowie Verkehr und Umwelt. Dank dem dezentralen Aufbau finden die Stadt Bern und alle anderen Kommunen jederzeit ihren polizeilichen Partner auf der passenden Führungsebene.

Zwischenbilanz

Mag der Bürger wenige Unterschiede erkennen, vielleicht kaum nachfragen, welcher Polizei er begegnet, – die unterschiedlichen Kulturen zusammenzufügen, beschäftigt das Polizeikommando noch auf Jahre, wie Kommandant Dr. Stefan Blättler bestätigt. Schon angesichts des nun einheitlichen Lohnsystems empfinden sich manche als Verlierer, trotz oder wegen der Besitzstandgarantie. Zur Einheit finden, müssen noch die Personalverbände.

Unterdessen wirkt man konstruktiv zusammen, zuallererst in dem vom Polizeidirektor Hans-Jürg Käser geleiteten Kontaktgremium, wo der Polizeikommandant Vertretern der Gemeinden, der Stadt Bern und der Strafverfolgungsbehörde gegenüber sitzt. Die Jahresplanung findet dezentral statt, so dass die Gemeinden ihre Bedürfnisse rechtzeitig einbringen und offenbaren, was sich an grösseren Ereignissen abzeichnet und Polizeikräfte binden dürfte. Die gemeinsamen Interessen fördern das Einvernehmen; noch nie kam der Kommandant auf dem Weg des Rekurses ins Spiel.

Das Reporting soll weiter ausgebaut werden; die Kantonspolizei weist gegenüber ihren kommunalen Vertragspartnern die tatsächlichen Leistungen aus und treibt dafür einigen Aufwand. Das Controlling reicht bis zu Opferbefragung und Sicherheitsdiagnosen.

Für den Polizeikommandanten stimmt die Marschrichtung. Natürlich beseitigen die Synergien nicht den grossen Mangel, wird weiterhin um Sicherheitskräfte gerungen, von Bern bis Trubschachen. Zankäpfel bleiben das Mass der Polizeipräsenz und Grossanlässe. Aufgrund einer Volksinitiative entschieden die Stimmbürger der Bundeshauptstadt im Frühjahr 2010, wie viel Leistung Bern vom Kanton, in einer Zusatzvereinbarung des Ressourcenvertrags, fordern solle. Gerade darin bewährte sich das Berner Modell. ■